

Zürcher Unterländer, 5.6.2024

Gegen Wohnungen in der Industrie regt sich Widerstand im Volk

Das Stadtparlament Kloten hat der Umwandlung des Industriegebiets Steinacker zugestimmt. Doch es liegt bereits ein Referendum in der Luft.



Christian Wüthrich

Publiziert: 05.06.2024, 20:00



Das Industriegebiet Steinacker ist heute unbewohnt und soll künftig bis zu 7000 Menschen ein neues Zuhause bieten.

Foto: Christian Wüthrich

Der jüngste Klotener Entscheid ist von grosser Tragweite. Im Stadtparlament fiel gar der Begriff «historisch». Alle politischen Parteien im Rat stimmten am Dienstag nach langer Debatte der Öffnung des grössten Industriegebiets der Stadt für den Wohnungsbau zu. Das wird dem Gebiet Steinacker bis zu 7000 neue Einwohnerinnen und Einwohner bringen.

Genau genommen brauchte es zwei Abstimmungen. Und zweimal resultierte ein klares Ja – zur neuen Richtplanung in Kloten (26:2 Stimmen) wie auch zur Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO) (24:3 Stimmen).

Somit ist der Weg frei, aus dem bislang unbewohnten, wenig attraktiven Steinackergebiet ein lebenswertes und wohnliches Quartier zu machen. Noch ist allerdings fraglich, ob das tatsächlich gelingt. Denn das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen über die grosse Ausdehnung der Wohngebiete der Stadt Kloten in Richtung Industriezone an der Grenze zu Bassersdorf.

Gegenstimmen nur aus der SVP

Die vereinzelt Gegenstimmen kamen übrigens einzig von der SVP. Das mag erstaunen. Denn die grössten Befürworter und auch Nutzniesser einer Umnutzung des

Industriegebiets im Steinacker stammen unter anderem schliesslich aus ebendieser SVP selbst.



Diese noch unbebaute Fläche im Steinacker gehört der Implania und der Familie Eberhard, die auf dem Areal Oberfeld viel Entwicklungspotenzial sehen.

Foto: Christian Wüthrich

Der frühere SVP-Gemeinderat Heinz Eberhard, Bauunternehmer und Landbesitzer im fraglichen Gebiet, verfolgte die Debatte im Stadtsaal des Zentrums Schluefweg von der übervollen Tribüne aus, während Sohn Silvan unten die Versammlung als amtierender Ratspräsident gar leitete.

Für den BZO-Entscheid trat er dann in den Ausstand und überliess die Leitung seinem Vize Philip Graf (SP). Vom Rand aus konnten Vater und Sohn Eberhard also beobachten, wie das Parlament gar noch Änderungsanträge annahm, die ganz im Sinne der bürgerlichen Ratsmehrheit liegen.

Kritik an «fatalem» Parkplatzentscheid

Während bei der Richtplanung noch vierzehn Änderungsanträge eingingen, wovon aber nur die Kommissionsanträge angenommen wurden und alle SP-Anliegen scheiterten, gabs bei der BZO-Revision nur zwei Anträge. Zum einen gewährte man dem Stadtrat mehr Spielraum, wenn es in Zukunft um Belegungsvorschriften für subventionierte und oder gemeinnützige Wohnungen geht. Und zum andern wurde die maximal zulässige Parkplatzzahl im umgezonten Gebiet noch leicht erhöht. Wer im Steinacker gemäss Sonderbauvorschriften Wohnraum erstellt, darf pro zehn Wohnungen in der Regel statt nur zwei (ursprünglich) neu bis zu drei Parkplätze bauen.



Im Zentrum Schluefweg fällt das Stadtparlament am Dienstag einen zukunftsweisenden Entscheid zur Wohnnutzung der Industriezone.

Foto: PD

Die Verkehrsbelastung ist schon heute gross und bereitet Probleme. Die Sorge, dass mit der Ansiedlung von Tausenden neuen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie noch mehr Firmen und Freizeitangeboten ein unabwendbares Chaos entsteht, teilen nicht nur links-grüne Kreise.

Auch Gewerbler, die sich dem bürgerlichen Lager zuordnen, wie der Einheimische Hansjörg Hofmann, sehen die Umzonung des Steinackers in eine Mischzone sehr kritisch. «Es ist fatal, dass aus der FDP-Fraktion der Wunsch kam, die Parkplatzzahl im Steinacker zu erhöhen.»

Von der Debatte im Parlament ist er enttäuscht. Auch weil man oft wiederholt habe, dass ein Verkehrsproblem bestehe, jedoch niemand zu wissen scheine, dass die Stadt Kloten keine unabhängige wissenschaftliche Verkehrsabklärung als Grundlage habe, so Hofmann.

Insgesamt zweifelt er, ob das Parlament die kritischen Punkte der Umzonung überhaupt erkannt hat. Die FDP-Forderung nach einer «qualitativen Entwicklung» sei zwar ein guter Ansatz, der aber inhaltlich leider undefiniert blieb. Und noch etwas ärgert ihn besonders: «Die Gewerbeproblematik wurde leider nicht einmal erwähnt, obwohl diese klar aus den FDP-Kreisen moniert wurde.» Denn das Konzept der Transformation werde die Industrie und das leistungsfähige Gewerbe mittel- bis langfristig verdrängen.

Gegner wollen eine Volksabstimmung

Die überraschend grosse Einigkeit im 32-köpfigen Stadtparlament, wenn es um die Stadtentwicklung geht, bedeutet allerdings nicht, dass damit schon das letzte Wort gesprochen ist. Gegen die Entscheide kann nämlich während zweier Monate das Referendum ergriffen werden, um eine Volksabstimmung an der Urne zu erzwingen. Dazu sind in Kloten bis Anfang August 300 Unterschriften vonnöten. Im Vorfeld waren bereits Stimmen zu vernehmen, die genau das im Sinn haben.

Die IG Pro Altbach, die vor allem für eine andere Linienführung der Glattalbahn – «ohne Zerstörung der Natur entlang des Altbachs» – kämpft, werde kein Referendum anstossen. Das sagt einen Tag nach der Parlamentsdebatte IG-Präsident Atef Isaac. Er lässt durchblicken, dass auch er unzufrieden ist, dass es keine Volksabstimmung geben soll. Aber der Verein überlasse es den einzelnen Mitgliedern, sich für ein Referendum einzusetzen.

Konkreter tönts dagegen von anderer Seite. Unternehmer Hofmann bestätigt, dass tatsächlich bereits Bestrebungen im Gang seien, «sehr zeitnah das Referendum zu ergreifen». So soll sich eine gemischte Gruppe aus Vertretern des Gewerbes, des Naturschutzes und aus der breiten Klotener Bevölkerung formieren, die schon bald auf Unterschriftenjagd gehen dürfte.